### Translation Sample

### Politische Risiken

Wenn Unternehmen beabsichtigen, in einem anderen Land geschäftstätig zu werden, müssen sie zunächst das politische Risiko des jeweiligen Landes bewerten. Hiermit ist kurz gesagt das Risiko gemeint, dass sich die Rendite einer Investition auf Grund von politischen Entscheidungen, Ereignissen oder Bedingungen verschlechtert (Matthee, 2011). Aus einer politischen und rechtlichen Umgebung können verschiedene Arten von politischen Risiken erwachsen.

Das erste politische Risiko, wenn ein Unternehmen im Ausland geschäftstätig werden möchte, betrifft die von Regierungen auferlegten Handelsbarrieren. Eine ausländische Regierung könnte beispielsweise Zölle auf Importe erheben, um so den inländischen Arbeitsmarkt vor Importen zu schützen und mehr Wertschöpfung im Land selbst zu halten. Dies wäre für ein Unternehmen schädlich, was seine Güter in diesen ausländischen Markt exportieren möchte, da die Einfuhrsteuern diese Güter teuer machen würden. Ein zweites Risiko, was häufig in Entwicklungsländern zu finden ist, entsteht durch unsichere Eigentumsverhältnisse. Eine Vermögensübernahme durch eine Regierung auf Grund unsicherer Eigentumsrechte kann verschiedene Formen annehmen:

* Enteignung bezeichnet die Beschlagnahmung von persönlichem oder unternehmenseigenem Vermögen ohne Entschädigung. In den 1980-er Jahren enteignete beispielsweise der damalige Premierminister von Simbabwe, Robert Mugabe, mehr als 5.000 Bauernhöfe, die Eigentum von Bauern europäischer Abstammung waren, und verteilte das Land an einheimische Simbabwer (Cavusgil et al., 2014). Auch heute besteht in Entwicklungsländern im Bergbau noch immer das Risiko von Enteignungen.
* Zwangsenteignung bezieht sich auf die Beschlagnahmung von unternehmenseigenem oder persönlichem Vermögen mit Entschädigung. 2008 wurde TNK-BP, eine russische Tochtergesellschaft von Britisch Petroleum, dazu gezwungen, einen Großteil ihres Ölgeschäfts an Rosneft, das nationale Energieunternehmen Russlands, zu verkaufen. Grund hierfür war der politische Druck von Seiten der russischen Regierung (Economist, 2008; Cavusgil et al., 2014).
* Verstaatlichung ist definiert als die Inbesitznahme eines ganzen Sektors. In einigen Fällen wird zwar eine Entschädigung angeboten. Diese ist aber keineswegs garantiert. So wurden zum Beispiel große Teile der bolivianischen Rohstoffindustrien ohne Entschädigungsangebot seitens der Regierung verstaatlicht (Economist, 2008; Cavusgil et al., 2014).